

Essen braucht eine Alternative.

Die Alternative für Essen braucht Sie.

Kommunalpolitisches Wahlprogramm zur Kommunalwahl
Alternative für Deutschland (AfD)



Alternative für Deutschland



Punkt für Punkt:

Alternative Politik:

1. **Vorwort** _____
Mut zur kommunalen Verantwortung
2. **Wirtschaft** _____
Neue Wirtschaftskonzepte sind für die Stadt zu entwickeln, die eine Ansiedlung von Unternehmen fördern und neue Arbeitsplätze schaffen, statt mit einer hohen Gewerbesteuerlast abzuschrecken
3. **Finanzen** _____
Maß statt Maßlosigkeit
Solides Finanzgebahren statt waghalsige Finanzakrobatik
4. **Aufsichtsratsposten und Honorare** _____
Transparenz statt Filz
5. **Verkehr und Infrastruktur** _____
Verkehrswegeplanung als Priorität
Instandhaltung statt Flickschusterei
6. **Integration und Migration** _____
Anreize schaffen
Integration statt Abgrenzung
7. **Kriminalitätsbekämpfung** _____
Anwendung des Neuköllner Modells
Sicherheit und Vertrauen
8. **Regionalpolitik** _____
Regierungsbezirk Ruhr für eine starke Region

1. Vorwort

In ernster Sorge vor politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Deutschland haben wir die Partei Alternative für Deutschland gegründet. Spätestens die europäische Schulden- und Währungskrise hat viele Menschen davon überzeugt, dass die Altparteien zu einer transparenten, bürgernahen, rechtsstaatlichen und demokratischen Politik kaum noch imstande oder nicht willens sind. Wir streben Alternativen zu einer angeblich alternativlosen Politik an.

Die AfD in Essen hat sich zum Ziel gesetzt, pragmatische, kostengünstige und unbürokratische Vorgehensweisen, die messbaren Nutzen für die Einwohner Essens bringen, zu fördern und – wo nicht vorhanden – anzustoßen. Darüber hinaus fordert die AfD eine Stärkung der direkten Demokratie – durch mehr Bürgerentscheide.

Wir fordern im Stadtrat einen neuen Politikstil, der stets darauf bedacht ist, losgelöst von jedwedem parteilichen Lager, die besten Ergebnisse für die Essener Bürger zu erzielen.

Mut zur kommunalen Verantwortung

Die Stadträte der AfD werden über ihre Tätigkeit und das Abstimmungsverhalten jederzeit allen interessierten Bürgern Rechenschaft ablegen.

Die Alternative für Deutschland ist sich ihrer kommunalen Verantwortung bewusst und fördert das Prinzip der Entfaltung individueller Fähigkeiten, der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Daher soll Kommunalpolitik nicht nur Anhängsel sein, demokratische Teilhabe ist auch hier gefordert.



2. Wirtschaft

Zukunft gestalten statt

Niedergang verwalten

Die AfD fordert eine grundsätzliche Neubestimmung auf die Wirtschaftskraft Essens. Die Stadt weist über 70 Beteiligungen an Unternehmen und unternehmensähnlichen Organisationen aus.

Wir fordern, diese im Einzelnen auf ihre gesetzliche oder faktische Notwendigkeit zu überprüfen.

Was nicht zum Kerngeschäft der Stadt Essen gehört, bindet unnötig Kräfte und ist zur Disposition zu stellen.

Klein- und Mittelbetriebe, die Stützen des Arbeitsmarktes, werden durch ein immer komplizierteres Steuerrecht und immer mehr nationale und europäische gesetzliche Bestimmungen gegängelt und in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.

Die AfD fordert den Aufbau eines gemeinnützigen Unternehmens unter Beteiligung der Stadt, der IHK und der Handwerkskammer, welches insbesondere familiengeführte Handwerksbetriebe und Unternehmen mit bis zu 10 Mitarbeitern gegen ein geringes Entgelt von bürokratischer Arbeit entlastet.

Mut zur kommunalen

Verantwortung

Die Essener Wirtschaft ist stark mit der Wirtschaft Europas, insbesondere der unserer Nachbarländer, verzahnt. Die AfD fordert, dass die Stadt Essen jährlich einen Bericht vorlegt, in welchem die wirtschaftlichen und die sozialen Vor- und Nachteile der europäischen Integration für Essen dargelegt werden.

Hieraus sollen Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Wirtschaftslage in Essen gezogen werden.

Essen unterhält Städtepartnerschaften mit England, Finnland, Israel und Frankreich. Unsere unmittelbaren Nachbarn sind aber die Niederlande und Belgien.

Neue

Wirtschaftskonzepte

entwickeln

Die Niederlande sind für pragmatisches und wirtschaftsorientiertes Denken bekannt.

Die AfD glaubt, dass Essen von Anregungen und Erfahrungen niederländischer Städte profitieren könnte. Wir fordern daher die Anbahnung einer Städtepartnerschaft oder die Gründung eines ständigen Forums, in welchem kommunalpolitische Fragen und Erfahrungen zwischen Deutschland und den grenznahen Niederlanden erörtert und gegebenenfalls umgesetzt werden.

Die AfD Essen fordert:

Neue Wirtschaftskonzepte sind für die Stadt Essen zu entwickeln, die eine Ansiedlung von Unternehmen fördern und damit Arbeitsplätze schaffen, statt mit einer hohen Gewerbesteuerlast abzuschrecken.

Über den Tellerrand schauen, andere Lösungsansätze überdenken, Gutes übernehmen.

3. Finanzen

Maß statt

Maßlosigkeit

Die Stadt Essen wird mit Aufstellung des Jahresabschlusses 2013 nach menschlichem Ermessen ohne Anwendung von Bilanzierungstricks, überschuldet sein. Die Aufnahme von Krediten am deutschen Kapitalmarkt ist ihr jetzt schon nicht mehr möglich, wie das Ausweichen auf die Ausgabe einer kommunalen Anleihe bewies.

Zur Aufbringung und Sicherung liquider Mittel für das laufende Geschäft wird die Stadt Essen werthaltige Finanzanlagen veräußern und sich von defizitären Unternehmen trennen müssen.

Darüber hinaus werden einschneidende Maßnahmen zur Kostensenkung ergriffen werden müssen, die auch die Bürger der Stadt Essen zu spüren bekommen werden. Notwendige Kosteneinsparungen müssen nicht zwingend mit dem Abbau von Arbeitsplätzen einhergehen.

Stellenabbau ist die einfache Lösung schlechten Managements.

Die Beschäftigten der Stadt Essen und ihrer Beteiligungsunternehmen sind das Kapital der Stadt.

Die knappen finanziellen Mittel müssen maßvoll verwendet werden.

Mut zur kommunalen

Verantwortung

Die Stadt Essen hält direkt oder indirekt Anteile über 70 verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen.

Es wurde ein Beteiligungsapparat aufgebaut, der sich verselbständigt hat und den niemand mehr im Griff hat.

Dieser Apparat kostet die Stadt Essen jährlich rund 124 Mio. € (2012). Der zum 31.12.2012 bilanzierte Wert der Anteile an diesen Unternehmen zzgl. der diesen Unternehmen gewährten Ausleihungen betrug 1.572 Mio. €.

Gleichzeitig bestanden zu diesem Stichtag Ausfallbürgschaften der Stadt zu Gunsten dieser Unternehmen in Höhe von 470 Mio. €.

Dies allein ist schon ein schwerwiegendes Indiz für die geringe Werthaltigkeit dieser Anlage. Die AfD unterstützt ausdrücklich die bisher bereits durch den Kämmerer eingeleiteten Maßnahmen: Einberufung einer Schuldenkommission unter Einbeziehung externer Fachleute und Implementierung eines aktiven Schuldenmanagements (langfristiger Tilgungsplan) mit jährlicher Berichtspflicht gegenüber den Bürgern. Notwendige Einschnitte müssen den Bürgern offen, begründet und nachvollziehbar kommuniziert werden.

Solides

Ergänzend regen wir an, Umschuldungsoptionen zu prüfen.

Finanzgebaren

Die AfD fordert eine stringente Investitions- und Risikokontrolle hinsichtlich Anlageentscheidungen der Kommune.

statt waghalsiger

Finanzakrobatik

Prestigetragende Projekte sind bei aktueller Kassenlage unzulässig.

Es muss der Kommune grundsätzlich untersagt werden, Kredit- und/oder Anlageentscheidungen in Fremdwährungen (z.B. Schweizer Franken) oder risikobehafteten Positionen vorzunehmen. Bestehende Engagements in Aktien sind auf ihre Risikorelevanz kritisch zu prüfen; neue Engagements am Aktienmarkt sind zu untersagen.

Aufgrund der Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung, die eine außerplanmäßige Abschreibung auf Finanzanlagen bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung zwingend ab dem Jahr 2013 vorschreibt, wird sich die Stadt Essen mit dem Jahresabschluss 2013 geballt der aufgeschobenen Wahrheit stellen müssen.

Das bis 2012 von der Stadt Essen mit 892 Mio.€ bilanzierte RWE-Aktienpaket hat zum 31.12.2013 tatsächlich nur einen Wert von 314 Mio. €.

Es ergibt sich somit für das Jahr 2013 ein zwingender Abschreibungsbedarf in Höhe von 578 Mio. €.

Die AfD Essen fordert:

Neue Wirtschaftskonzepte sind für die Stadt Essen zu entwickeln, die eine Ansiedlung von Unternehmen fördern und damit Arbeitsplätze schaffen, statt mit einer hohen Gewerbesteuerlast abzuschrecken.

Über den Tellerrand schauen, andere Lösungsansätze überdenken, Gutes übernehmen.

4. Aufsichtsratsposten und Honorare

Aufsichtsratsposten bei verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen werden auch von Mitgliedern des Rates der Stadt Essen bekleidet. Hier fehlt es an der nötigen Transparenz hinsichtlich der Personenauswahl bei der Besetzung von Aufsichtsratsposten. Diese Transparenz ist zwingend erforderlich, um sich eines möglichen Vorwurfs durch die Bürger erwehren zu können. Wir fordern Transparenz bei der Besetzung von Posten und Positionen durch Ratsmitglieder. Dies soll in einem gesonderten „Jahresbericht der Ratsmitglieder der Stadt Essen“ unter Angabe der besetzten Positionen, der Art der Verträge (Anstellungs-, Beratungs- oder sonstiger Vertrag), der jährlichen Vergütungen bzw. der Bezüge, der persönlichen Befähigungen, der hauptberuflichen Tätigkeit und evtl. des Arbeitgebers, soweit dieser in einer Rechts- oder Vertragsbeziehung zur Stadt Essen steht, geschehen.

Transparenz

statt Filz

Mut zur kommunalen

Verantwortung

5. Verkehr und Infrastruktur

Wie das gesamte Ruhrgebiet, so ist auch die Stadt Essen von überlasteten Verkehrsadern durchzogen. Umgehungsstraßen sind nicht und

Umgehungswege nicht hinreichend vorhanden. Die wichtigsten und meist befahrenen Straßen sind auf das Nadelöhr Zentrum/Essener City

ausgerichtet und führen zu den Autobahnanbindungen A40 und A52.

Großräumige Umgehungsversuche des Essener Zentrums via A42-A3-A52 führen, wegen der ebenfalls akuten Verkehrsüberlastung auf A3 und A52 nicht zu zeitsparenden Ergebnissen.

Die Dauer einer Fahrt vom Essener Norden in den Essener Süden ist während der Hauptverkehrszeiten unkalkulierbar. Hier besteht eine große Herausforderung für die Verkehrswegeplanung der Stadt Essen. Das Verkehrswegkonzept muss in Hinsicht auf Lenkung des PKW-, LKW- und Busverkehrs grundlegend überdacht werden. Lösungen durch Schaffung von Umgehungswegen und -straßen sind zwingend zu finden um einer weiteren Verschärfung der Verkehrssituation entgegen zu wirken und den drohenden Verkehrskollaps in Essen zu verhindern.

Auch das Verkehrsaufkommen mit dem Ziel „Essener Innenstadt“, das zusätzlich das „Verkehrs-Nadelöhr City“ belastet, muss reduziert werden.

Weitaus weniger Menschen kämen auf die Idee, in der City um einen Pkw-Parkplatz zu kämpfen, wenn es ein citynahes „Park´n´Ride -

City-Shuttle-System“ mit einer 5-Minuten- Abfahrt-Taktung gäbe und die Kosten hierfür nicht höher als die üblichen Parkgebühren wären.

Kosten für Parkhaus- und Tiefgaragen-Neubauten könnten künftig vermieden und zusätzliche Flächen in der Innenstadt anderweitig, für Handel, Gewerbe oder Verwaltung, genutzt werden.

Verkehrfluß
statt
Verdruß

Mut zur kommunalen
Verantwortung

Instandsetzung

statt

Flickschusterei

Die Straßen der Stadt Essen befinden sich in hohem Maße in einem erbarmungswürdigen Zustand. Das aufgebrachte „Straßen-Make-up“ ist selten geeignet, den nächsten Winter zu überstehen. In kürzester Zeit sind die provisorischen Asphaltkleckse zerfahren und die Schlaglöcher wieder da.

Schlechte Straßen führen zu erhöhtem Verschleiß und Schäden an den Kraftfahrzeugen. Ein Segen für die Kfz-Werkstätten zum Schaden der Bürger. Einmal richtig Instandsetzen, statt zehnmal flicken!

Die Stadt Essen ist für die Instandhaltung der Schulen verantwortlich. Diese befinden sich häufig in einem schlechten Zustand, sanitäre Anlagen sind teilweise kaum benutzbar, Sporthallen und -plätze verfallen. Hier ist die Stadt zu verstärkten Bemühungen verpflichtet, damit Kinder gerne zur Schule gehen und lernen können.

6. Integration und Migration

Die deutsche Sprache ist die Grundlage für Integration und soziale Teilhabe vom frühesten Kindesalter an.

Integration

Die Stadt Essen ist dazu verpflichtet, Anreize zu schaffen, um

statt

Menschen mit Migrationshintergrund in diesem wichtigen Aspekt zu fördern.

Abgrenzung

Deshalb fordert die AfD verpflichtende Zusatz-Deutschstunden, an ein Belohnungssystem für Kinder mit Migrationshintergrund gekoppelt.

Sprachfortschritte werden z.B. mit Karten für ein Fußballspiel belohnt.

So lernt das Kind schneller und nimmt gleichzeitig mehr am sozialen Leben teil.

Menschen mit Migrationshintergrund dürfen sich nicht in ihren Kulturkreisen und Stadtteilen mit ihren Traditionen und Wurzeln von der deutschen abschotten. Es ist deshalb wichtig, dass sie sich den hier geltenden Regeln und Rechtsnormen unterwerfen. Sogenannte "Friedensrichter" stellen in diesem Kontext eine massive Untergrabung des deutschen Rechtsstaates dar. Deshalb fordern wir die Stadt Essen auf, gegen solche Auswüchse vorzugehen.

Wer in unser Land einwandert und die Stellung der Migranten in Essen vertreten möchte, sollte respektieren, dass das Grundgesetz das höchste Recht ist, das wir haben. Wir von der Alternative für Deutschland erachten es daher als selbstverständlich, wenn die Menschen sich vor

Mut zur kommunalen

ihrer Wahl für diese wichtige Stellung zum Grundgesetz der Bundesrepublik

Verantwortung

Deutschland bekennen und schwören, es zu achten. Insbesondere diejenigen, die für den Integrationsrat kandidieren, mögen sich vorher mit ihrer Unterschrift zum Grundgesetz bekennen.

Es ist die Pflicht der Stadt Essen, Migranten die hier herrschende Kultur näher zu bringen. Nur so kann Integration stattfinden – andernfalls scheitert dieser Prozess.

Deshalb ist auch die Ausgabe von "Halal"-Essen an Schulen kontraproduktiv, da hier eine Abschottung der Migranten in alten Werten und Traditionen gefördert wird.

Ebenfalls aus Tierschutzgründen ist "Halal"-Nahrung in Schulen abzulehnen.

Fördern

und

Fordern

Die Länge der Asylverfahren, insbesondere in offensichtlich aussichtslosen Verfahren, muss verkürzt werden. Asylbewerbende leben oft monatelang in Unklarheit, ob sie in Deutschland eine Zukunft haben. Die Kosten für die Unterbringung steigen in dieser Zeit stark an. Durch schnellere Bearbeitungszeiten kann beiden Seiten Stress und Ärger erspart bleiben. Die Stadt Essen wird außerdem aufgefordert, sich beim Land NRW für eine schnelle Abschiebung von ausländischen Straftätern einzusetzen.

7. Kriminalitätsbekämpfung

Die hohe kriminelle Energie, mit der jugendliche Straftäter die Polizei beschäftigen, erfordert härtere Maßnahmen. Wir von der der AfD lehnen die "Kuscheljustiz" ab und fordern die Anwendung des Neuköllner Modells.

Durch eine verstärkte Präsenz der Polizei in sog. "Problemvierteln" sollen Straftäter zukünftig deutlich öfter abgeschreckt und Straftaten verhindert werden. Der Bürger soll Sicherheit und Vertrauen in die Institutionen zurückgewinnen. Mit gewonnener Sicherheit steigt die soziale Attraktivität und eine Ghettoisierung wird verhindert.

Die Gefahr des Salafismus ist allgegenwärtig. Sie werben mit ihren Hasspredigten junge Menschen an und erziehen sie zu radikalen Fanatikern. Viele Muslime, gerade aus NRW, sind aufgestachelt durch die Islamisten bereits nach Syrien gezogen, um dort im Kampf zu sterben.

Deshalb fordern wir konsequente und schonungslose Aufklärung über diese Verfassungsfeinde . In Schulen und im öffentlichen Raum muss deren demokratiefeindliches Gedankengut offengelegt und die Menschen davor gewarnt werden.

**Mut zur kommunalen
Verantwortung**



8. Regionalpolitik

Wir fordern die Einrichtung eines eigenständigen Regierungsbezirks Ruhr.

Die derzeitige Aufteilung der Regierungsbezirke führt zu einer Zersplitterung des Ruhrgebiets und der angrenzenden Kreise in drei verschiedene Regierungsbezirke.

Die bereits erfolgte Übertragung einiger Aufgaben auf den RVR (z.B. bzgl. der Regionalplanung) reicht nicht aus.

Das Ruhrgebiet muss endlich mit einer einheitlichen, starken Stimme sprechen.

Mut zur kommunalen

Verantwortung

